

Empirische Studien zur Parteienforschung

Michael Dürr

Die Grünen als führende Regierungspartei

Eine empirische Parteieliten- und
Parteimitgliederstudie



Springer VS

Empirische Studien zur Parteienforschung

Herausgegeben von

S. Bukow, Düsseldorf, Deutschland

T. Spier, Siegen, Deutschland

Parteien sind komplexe Organisationen von zentraler Bedeutung. Sie verbinden Staat und Bevölkerung und sind der dominante kollektive Akteur im politischen System. Die Reihe bündelt theoretisch fundierte empirische Studien, die unterschiedliche Facetten von Parteien als Organisationen und als Akteure des politischen Wettbewerbs untersuchen.

Weitere Bände in der Reihe <http://www.springer.com/series/15689>

Michael Dürr

Die Grünen als führende Regierungspartei

Eine empirische Parteiliten- und
Parteimitgliederstudie

 Springer VS

Michael Dürr
Köln, Deutschland

Dissertation Universität Düsseldorf, 2017, u.d.T.: Die Grünen als führende Regierungspartei – Eine empirische Parteieliten- und Mitgliederstudie

D 61

Empirische Studien zur Parteienforschung
ISBN 978-3-658-19093-4 ISBN 978-3-658-19094-1 (eBook)
DOI 10.1007/978-3-658-19094-1

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2018

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist Teil von Springer Nature

Die eingetragene Gesellschaft ist Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Danksagung

Eine Doktorarbeit zu verfassen, ist ein langwieriger Prozess voller Höhen und Tiefen, bei dem zuweilen das Gefühl entstehen kann, ein Einzelkämpfer zu sein. Glücklicherweise erfuhr ich während meiner Promotionszeit von vielen Personen Unterstützung, sodass ich die vorliegende Arbeit erfolgreich beenden konnte.

Zuallererst möchte ich mich deshalb bei meinen beiden Doktorvätern für die gute Betreuung bedanken. Mit meinem Erstgutachter Prof. Dr. Thomas Poguntke konnte ich mich regelmäßig austauschen und dabei auf sein konstruktives Feedback verlassen. Prof. Dr. Ulrich Rosar gab mir als Zweitgutachter wertvolle Ratschläge für die Datenerhebung und -auswertung. Insbesondere die Treffen zu dritt lieferten wichtige Impulse für meine Forschung und deren Verschriftlichung.

Ohne die Unterstützung und große Offenheit des Landesverbands von Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg wäre meine Arbeit nicht möglich gewesen. Deshalb möchte ich dem damaligen Landesgeschäftsführer Matthias Gauger für die sehr gute Zusammenarbeit danken. Darüber hinaus gilt mein Dank der Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg für die Unterstützung meines Forschungsvorhabens, den Interviewpartnerinnen und Interviewpartnern für ihre Gesprächsbereitschaft sowie allen grünen Parteimitgliedern, die an meiner Umfrage teilgenommen haben.

Gedankt sei zudem dem Graduiertenkolleg ‚Linkage in Democracy – Politische Repräsentation in heterogenen Gesellschaften‘ (LinkDe) der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Es bildete den organisatorischen Rahmen für den Großteil meiner Promotionszeit und förderte mich nicht nur finanziell durch die Anstellung als wissenschaftlicher Mitarbeiter; vielmehr bot es mir auch eine ideelle Förderung durch Kolloquien, Workshops und Kollegtage, bei denen der Austausch mit anderen Promovierenden sowie erfahrenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus dem In- und Ausland im Vordergrund stand.

Viele Kolleginnen und Kollegen, Freundinnen und Freunde haben mich während meiner Promotionszeit durch ihr hilfreiches Feedback oder aufmunternde Worte unterstützt. Insbesondere möchte ich an dieser Stelle Prof. Dr. Tim Spier, Dr. Domenica Dreyer-Plum, Dr. Christina Angela Rauh sowie Hendrik Kempf danken.

Die Teilnahme an der von Dr. Corinna Kaiser initiierten Doktorandenschreibgruppe half mir vor allem bei der realistischen Planung und der Umsetzung

von Meilensteinen innerhalb meines Promotionsvorhabens. Als besonders bereichernd empfand ich dabei den regelmäßigen und konstruktiven Austausch mit den anderen Gruppenmitgliedern aus unterschiedlichen Fachbereichen.

Schließlich gilt mein Dank meinen Eltern Ursula und Jan Dürr, die mich sowohl während des Studiums als auch in der Zeit als Doktorand stets uneingeschränkt bei der Verfolgung meiner Ziele unterstützt haben. Ihnen widme ich diese Arbeit.

Düsseldorf, Mai 2017

Inhaltsverzeichnis

Danksagung	5
Inhaltsverzeichnis	7
Abbildungen und Tabellen	11
1 Einleitung	13
1.1 Grüne Sensation im schwarzen Land	13
1.2 Problemstellung.....	14
1.3 Konkretisierung der Forschungsfragen.....	18
1.4 Forschungsdesign	19
1.5 Aufbau der Arbeit.....	21
2 Die Grünen in Baden-Württemberg	23
2.1 Historischer Überblick.....	23
2.1.1 Gründung und Etablierung (1979-1991).....	23
2.1.2 Zunehmende Bedeutung in der Landespolitik (1992-2008).....	25
2.1.3 Aufstieg zum Hauptgegner der CDU (2009-2016)	27
2.1.4 Die Landtagswahl 2016 und ihre Folgen	33
2.2 Einordnung des Landesverbands	36
2.2.1 Stellung im Bundesverband	36
2.2.2 Inhaltliche Ausrichtung.....	38
2.3 Zwischenfazit: Das Profil des Landesverbands	40
3 Parteiorganisationsverständnis – Konzept und Forschungsstand	41
3.1 Konzeptspezifikation	41
3.1.1 Grundlage: Wrights Parteiorganisationsmodelle.....	41
3.1.2 Konzeptionelle Abgrenzung und weitere Verwendung	46
3.2 Stand der Forschung und Forschungslücken	50
3.2.1 Studien zu Wrights Konzept	50
3.2.2 Weitere relevante Studien	57
3.3 Zwischenfazit	59

4 Theoretischer Zugang und Hypothesen	63
4.1 Regierungsbeteiligungen von Parteien	63
4.1.1 Die Perspektive der Parteiwandelforschung.....	63
4.1.2 Übertragung: die Grünen als führende Regierungspartei.....	67
4.2 Erklärungsansätze auf Individualebene	70
4.2.1 Politische Positionen	70
4.2.1.1 Ausgangspunkt: May's Law	70
4.2.1.2 Kritik und Übertragung.....	73
4.2.2 Motive von Parteimitgliedern	77
4.2.2.1 Ausgangspunkt: Mitgliedertypologien.....	77
4.2.2.2 Kritik und Übertragung.....	78
4.2.3 Weitere Einflussfaktoren.....	81
4.2.3.1 Politische Sozialisation	81
4.2.3.2 Wahrnehmung und Beurteilung der Partei.....	83
4.3 Fallbezug: Das ursprüngliche grüne Parteiideal	84
4.3.1 Das Prinzip der Basisdemokratie	84
4.3.2 Entwicklung und heutige Bedeutung	87
4.4 Hypothesenbildung.....	92
4.4.1 Hypothesen zu politischen Positionen.....	92
4.4.2 Hypothesen zu Mitgliedschaftsanreizen.....	95
4.4.3 Hypothesen zur politischen Sozialisation	96
4.4.4 Hypothesen zur Wahrnehmung und Beurteilung der Partei.....	98
5 Methodik, Datengrundlage und Operationalisierung.....	101
5.1 Methodisches Vorgehen und Datenbasis: Eliteninterviews.....	101
5.1.1 Datenerhebung und Auswertung.....	101
5.1.2 Datengrundlage.....	104
5.2 Methodisches Vorgehen und Datenbasis: Mitgliederbefragung.....	105
5.2.1 Datenerhebung und Auswertung.....	105
5.2.2 Datengrundlage	109
5.2.2.1 Vorbereitung und Verlauf der Feldphase.....	109
5.2.2.2 Repräsentativität der Umfragedaten.....	112
5.3 Operationalisierung der Variablen.....	115
5.3.1 Abhängige Variablen	116
5.3.2 Unabhängige Variablen.....	127
5.3.2.1 Politische Positionen	127
5.3.2.2 Aktivitätsniveau	129

5.3.2.3	Mitgliedschaftsanreize	130
5.3.2.4	Mitgliedschaftsdauer	132
5.3.2.5	Flügelzugehörigkeit	133
5.3.2.6	Gesellschaftliche Vernetzung.....	134
5.3.2.7	Bewertung der Parteiführung und Partizipationsmöglichkeiten	135
5.3.2.8	Wahrgenommene ideologische Distanz	136
6	Empirische Befunde.....	139
6.1	Wahrnehmung und Einschätzung der Lage	139
6.1.1	Ergebnisse der Eliteninterviews	139
6.1.2	Ergebnisse der Mitgliederbefragung	148
6.1.3	Gegenüberstellung und Zusammenführung	152
6.2	Beschreibung des Parteiorganisationsverständnisses	153
6.2.1	Ergebnisse der Eliteninterviews	153
6.2.2	Ergebnisse der Mitgliederbefragung	160
6.2.3	Gegenüberstellung und Zusammenführung	167
6.3	Analyse des Parteiorganisationsverständnisses	168
6.3.1	Einfluss der politischen Positionen	173
6.3.2	Einfluss der Mitgliedschaftsanreize	175
6.3.3	Einfluss der politischen Sozialisation	176
6.3.4	Einfluss der Wahrnehmung und Beurteilung der Partei.....	178
6.3.5	Bilanz der Regressionsmodelle und Einflussfaktoren.....	179
7	Schlussbetrachtung	181
7.1	Zentrale Erkenntnisse und Implikationen für die Theorie	181
7.2	Reflexion und Desiderata	186
7.3	Ausblick	189
	Literaturverzeichnis	191
Anhang	213
A.	Landtagswahlen in Baden-Württemberg	213
B.	Parteimitglieder in Baden-Württemberg.....	214
C.	Interviewleitfaden.....	215
D.	Fragebogen	218

Abbildungen und Tabellen

Abb. 1: Die grün-rote Landesregierung	31
Abb. 2: Die grün-schwarze Landesregierung	35
Abb. 3: Mitgliederentwicklung Grüne Baden-Württemberg (1990-2015)	37
Abb. 4: Vergleich der Parteiorganisationsmodelle nach Wright.....	43
Abb. 5: Pragmatische Wählerorientierung deutscher Parteimitglieder	55
Abb. 6: Prinzipientreue Mitgliederorientierung deutscher Parteimitglieder	56
Abb. 7: Innerparteiliche Meinungsstruktur nach May	71
Abb. 8: Übersicht der Interviewpartner	105
Abb. 9: Pfadmodell einer konfirmatorischen Faktoranalyse.....	118
Abb. 10: Items zur Erfassung des Parteiorganisationsverständnisses.....	120
Abb. 11: Ergebnisse der konfirmatorischen Faktoranalyse	121
Abb. 12: Verteilung der abhängigen Variable REM.....	123
Abb. 13: Verteilung der abhängigen Variable PDM.....	124
Abb. 14: Items zur Erfassung der Parteiziele.....	126
Abb. 15: Mitgliedschaftsanreize und Einzelmotive	131
Abb. 16: Zufriedenheitsaspekte und Einzelitems.....	135
Abb. 17: Parteiorganisationsmodelle nach Akteursgruppen	164
Abb. 18: Einzelitems des Parteiorganisationsverständnisses im Zeitverlauf....	166
Abb. 19: Übersicht der Einflussfaktoren	184
Tab. 1: Wahlergebnis der baden-württembergischen Landtagswahl 2011	30
Tab. 2: Grundgesamtheit und Rücklauf der Mitgliederbefragung	111
Tab. 3: Geschlechterverhältnis – Grundgesamtheit und Rücklauf.....	113
Tab. 4: Altersverteilung – Grundgesamtheit und Rücklauf	114
Tab. 5: Mitgliedschaftsdauer – Grundgesamtheit und Rücklauf.....	114
Tab. 6: Vergleich zweier Pfadmodelle.....	122
Tab. 7: Kennwerte der abhängigen Variablen	124

Tab. 8: Bedeutung der Parteiziele.....	126
Tab. 9: Zusammenhang Zielpräferenzen und Parteiorganisationsmodelle	127
Tab. 10: Politische Positionen nach Ebenen	128
Tab. 11: Innerparteiliche Aktivität (Stunden pro Monat)	130
Tab. 12: Mitgliedschaftsanreize.....	132
Tab. 13: Zugehörigkeitsgefühl zu innerparteilichen Flügeln.....	133
Tab. 14: Anzahl der Organisationsmitgliedschaften.....	134
Tab. 15: Beurteilung der Parteiführung und Partizipationsmöglichkeiten.....	136
Tab. 16: Links-Rechts-Einstufungen Parteien und Befragte selbst.....	137
Tab. 17: Bewertung der Regierungsübernahme.....	149
Tab. 18: Zufriedenheit der Parteimitglieder.....	150
Tab. 19: Wahrgenommene Veränderungen nach der Regierungsübernahme...	151
Tab. 20: Zustimmung zu Einzelitems des Parteiorganisationsverständnisses...	162
Tab. 21: Regressionsmodelle: Rational-Efficient Model.....	170
Tab. 22: Regressionsmodelle: Party Democracy Model.....	171
Tab. 23: Baden-württembergische Landtagswahlergebnisse (1980-2016)	213
Tab. 24: Baden-württembergische Parteimitglieder (1990-2015).....	214

1 Einleitung

1.1 Grüne Sensation im schwarzen Land

Im Landtagswahlkampf 2015/16 beanspruchte der grüne Spitzenkandidat Winfried Kretschmann für seine Partei, „die neue Baden-Württemberg-Partei“ (Kretschmann 2015: 9) zu sein. Diese Behauptung wurde wenig später durch ein Rekordergebnis belegt. Bei der anschließenden Wahl am 13. März 2016 erzielte Bündnis 90/Die Grünen¹ rund 30 Prozent der abgegebenen Stimmen. Damit wurde die Partei erstmals stärkste politische Kraft in einem Landesparlament, und es bildete sich die erste grün-schwarze Koalition Deutschlands. Dies ist insbesondere in Baden-Württemberg bemerkenswert, da die CDU seit Bestehen des Bundeslands bei den Landtagswahlen stets die meisten Stimmen erhielt und zwischen 1952 und 2011 sogar ununterbrochen den Regierungschef stellte. Die Grünen waren 2016 somit in der Lage, ihre bemerkenswerte Erfolgsgeschichte im Südwesten der Bundesrepublik fortzusetzen, die im Jahr 2011 mit der Bildung einer grün-roten Koalition und der Wahl Winfried Kretschmanns zum ersten grünen Ministerpräsidenten begonnen hatte.

In dem Sammelband ‚Grüner Weg durch schwarzes Land‘, der anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Landesverbands im Jahr 1989 erschien, weisen die Herausgeber darauf hin, dass die Grünen in Baden-Württemberg „keine reine (Fundamental-) Oppositionspartei sein wollen“ (Hermann & Schwegler-Rohmeis 1989: 24). Somit waren sie früher als die Grünen in anderen Bundesländern dazu bereit, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Dass ihr Weg nach über 30 Jahren in der Opposition dann allerdings zu einer Regierungsübernahme² im Ländle führen würde, konnten die Autoren³ nicht voraussehen – schließlich schien dies bis kurz vor der Landtagswahl 2011 keine realistische Option zu sein.

Unerwartet fanden sich die Grünen damals in einer für sie neuen Situation wieder: Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte waren sie nicht Juniorpartner,

1 Im Folgenden wird auch die Kurzversion des Parteinamens (Die Grünen) verwendet.

2 Dieser Begriff stammt von Niedermayer (vgl. 2013a: 68). Dadurch wird deutlich gemacht, dass sich eine Partei nicht nur an der Regierung als kleiner Koalitionspartner beteiligt, sondern sie anführt und den Regierungschef stellt. Analog dazu wird in dieser Arbeit auch von der führenden Regierungspartei gesprochen (vgl. Rudzio 2015: 337).

3 Für eine bessere Lesbarkeit wird im Folgenden stets die männliche Form verwendet. Frauen sind darin selbstverständlich eingeschlossen.

sondern der größere Partner in einer Koalition und stellten den Ministerpräsidenten. Aus diesem Grund hatten sie mehr Einfluss auf die Landespolitik, aber auch mehr Verantwortung für das Land. Zudem standen sie fortan im Mittelpunkt des medialen Interesses innerhalb Baden-Württembergs.

Eine derart ungewohnte Situation dürfte innerhalb einer Partei zu einer Auseinandersetzung darüber führen, wie sie sich verhalten sollte und was ihre Identität ausmacht. Die Antworten hierauf können in einer basisdemokratisch geprägten und diskussionsfreudigen Partei unterschiedlich ausfallen und durchaus kontrovers sein. Die vorliegende Arbeit untersucht deshalb die Vorstellungen verschiedener innerparteilicher Akteure darüber, wie sich die Grünen als führende Regierungspartei verhalten sollten und welche Faktoren hierauf Einfluss nehmen.

1.2 Problemstellung

Die folgende Definition von Parteien beschreibt deren wichtigste Funktionen:

Parteien sind auf Dauer angelegte, freiwillige Organisationen, die politische Partizipation für Wähler und Mitglieder anbieten, diese in politische Entscheidungen transformieren, indem sie politisches Personal selektieren, was wiederum zur politischen Integration und zur Sozialisation beiträgt und zur Selbstregulation führen kann, um damit die gesamte Legitimation des politischen Systems zu befördern. (Alemann 2010: 11)

Indem sie als Bindeglied zwischen der Bevölkerung und dem politisch-administrativen System⁴ fungieren, kommen Parteien somit in Demokratien viele bedeutende Aufgaben zu. Daneben verfolgen sie jedoch auch unterschiedliche eigene Ziele, vor allem Wahlen zu gewinnen, Regierungsämter zu besetzen oder bestimmte programmatische Vorhaben umzusetzen (vgl. Ström & Müller 1999: 5). Alternativ kann auch von unterschiedlichen im Vordergrund stehenden Organisationslogiken gesprochen werden. Entweder wird primär einer Prinzipien- oder Mitgliedschaftslogik gefolgt, bei der die möglichst genaue Umsetzung des Parteiprogramms und des Willens der Mitglieder im Zentrum steht, oder einer Stimmengewinnlogik, die darauf abzielt, möglichst viele Wähler für die Partei zu gewinnen (vgl. Jun 2010: 18).

Allerdings greift es zu kurz, sich Parteien als einheitliche Akteure vorzustellen. Vielmehr handelt es sich um fragmentierte Organisationen, die sowohl aus formellen als auch informellen Gruppen⁵ sowie Individuen mit unterschiedlichen

4 Diese Funktion wird in der Politikwissenschaft auch Linkage genannt. Siehe hierzu insbesondere Poguntke (2000) sowie Lawson (1980).

5 Hierzu gehören territoriale und funktionale Gliederungen der Partei sowie innerparteiliche Flügel bzw. Strömungen (vgl. Bukow & Poguntke 2013: 186).

Zielen und Motiven bestehen, sodass es häufig zu internen Meinungsverschiedenheiten und Konflikten über den richtigen Kurs der Partei kommen kann (vgl. Wiesendahl 1998: 207; Jun 2010: 14).

Bukow und Poguntke (vgl. 2013: 184) weisen jedoch darauf hin, dass die Konzeptualisierung deutscher Parteien als „lose verkoppelte Anarchien“ (Lösche 1993: 34) ebenso wenig zutreffend sei wie die als Oligarchien (vgl. Michels 1911: 383-384). Geeigneter sei das Konzept der Stratarchie (vgl. Eldersveld 1964: 99-100). Dabei handelt es sich um ein

Modell der gestuften und geschichteten Herrschaft von pluralen Eliten und Teilgruppen in den Parteien. Keine Gruppe hat die völlige Kontrolle, nicht die Parteiführung über die Basis und nicht umgekehrt. (Alemann 2010: 180)

In der Parteienforschung wird häufig angenommen, dass sich Parteieliten, d.h. Inhaber gehobener politischer Positionen,⁶ insbesondere von Aktivisten innerhalb der Partei darin unterscheiden, welche Parteiziele sie als besonders wichtig erachten bzw. welche Organisationslogik für sie im Vordergrund steht. Angehörigen der Parteiführung wird eine größere Orientierung an den Wählern und mehr Kompromissbereitschaft unterstellt als in der Partei aktiven Mitgliedern ohne Mandat, die hauptsächlich an einer unverfälschten Umsetzung des Parteiprogramms interessiert seien (vgl. May 1973: 139; Pedersen 2012: 901).

Da Parteien Freiwilligenorganisationen sind, deren Mitglieder aufgrund einer grundlegenden ideologischen Übereinstimmung der Organisation angehören (vgl. Jun 2010: 13; Morlok 2013: 245), ist die Meinung ihrer Mitglieder darüber, wofür sie stehen und wie sie sich verhalten sollten, nicht trivial. Schließlich besteht die Gefahr, dass sich die Mitglieder sonst aus dem aktiven Parteileben zurückziehen oder sogar die Partei verlassen. Dies hätte schwerwiegende Folgen, da Parteimitglieder wichtige Funktionen erfüllen: Sie agieren als Multiplikatoren und leisten als ehrenamtliche Arbeitskräfte einen unentbehrlichen Beitrag bei Wahlkämpfen. Sie finanzieren ihre Partei durch Mitgliedsbeiträge und Spenden und stellen einen Rekrutierungspool für zukünftige Parteieliten dar. Hinzu kommt, dass eine hohe Mitgliederzahl einer Partei eine höhere demokratische Legitimität verschafft, da dies als ein Indikator für den Rückhalt in der Bevölkerung gilt (vgl. Scarrow 1996: 42-45; Detterbeck 2009: 77-82).⁷ Zudem nehmen Parteimitglieder, insbe-

6 Politische Positionen werden im Folgenden als Oberbegriff für Parteiämter sowie Mandate und öffentliche Ämter verwendet. Der Elitenbegriff wird in dieser Arbeit wertneutral verwendet. Hiermit sind Funktionseliten gemeint, d.h. Personen, die aufgrund ihrer Position mit besonderen Entscheidungskompetenzen ausgestattet sind (vgl. Hoffmann-Lange 2006: 1).

7 Zur Bedeutung von Parteimitgliedern aus Sicht der Grünen siehe die Ausführungen der früheren Bundesgeschäftsführerin Steffi Lemke (2009).

sondere in der Bundesrepublik Deutschland, im Rahmen innerparteilicher Demokratie Einfluss auf die Programmatik und die Personalauswahl ihrer Partei (vgl. Niedermayer 1993: 237-243).

Um ihre Ziele durchsetzen zu können, z.B. die eigene Wiederwahl für ein Führungsgremium oder die (erneute) Aufstellung bei einer Wahl für ein Parlament, sind die Angehörigen der Parteiführung deshalb darauf angewiesen, die Ansichten der Mitglieder ausreichend zu berücksichtigen. Diese Berücksichtigung erfolgt jedoch nicht nur aufgrund von Eigennutz, sondern lässt sich auch auf Überzeugungen zurückführen. Dies gilt insbesondere innerhalb grün-alternativer Parteien, die einer möglichst umfassenden innerparteilichen Partizipation große Bedeutung beimessen (vgl. Harmel & Janda 1994: 273).⁸ Diese Parteienfamilie zeichnet dementsprechend eine Parteiorganisationsstruktur aus, die, vor allem zu Beginn ihrer Geschichte, darauf ausgelegt war, ein Maximum an innerparteilicher Mitwirkung zu ermöglichen.⁹ Lucardie und Rihoux (vgl. 2008: 6-7) klassifizieren grün-alternative Parteien daher als *amateur-activist parties*. Dieser Typ von Parteien zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass professionelle Parteistrukturen abgelehnt werden und die Aktivisten Kontrolle über die Eliten, insbesondere in den Parlamenten, ausüben sollen.

Exemplarisch hierfür können die deutschen Grünen genannt werden, die zu Beginn ihres Bestehens das normative Prinzip der Basisdemokratie in ihrer Parteiorganisation verwirklichen wollten. Ihr Ziel war damals nicht, Regierungsverantwortung zu übernehmen, sondern als Sprachrohr der Neuen Sozialen Bewegungen¹⁰ zu fungieren (vgl. Raschke 1993: 34, 499-500; Poguntke 1994: 3-4). Dadurch sollte eine klare Alternative zu den bestehenden Parteien geschaffen werden. Petra Kelly unterstrich diesen Anspruch mit der Aussage, die Grünen seien eine „Antiparteien-Partei“ (Der Spiegel 1982: 52).

In den vergangenen Jahrzehnten haben sich grün-alternative Parteien in vielen Parteiensystemen Westeuropas etabliert und sogar Regierungsverantwortung

8 Verglichen mit anderen Parteienfamilien stellen zahlreiche Untersuchungen bei grün-alternativen Parteien eine besonders ausgeprägte Mitgliederorientierung bzw. eine geringere Orientierung an dem *median voter* fest. Siehe hierzu Adams et al. (2006), Ezrow et al. (2010), Lehrer (2012) oder Wagner (2012).

9 Darüber hinaus zeichnet diese Parteien laut Poguntke (vgl. 1987a: 80-81) ein ideologisches Profil aus, das stark auf postmaterialistische Werte Bezug nimmt. Daher spricht er von *new politics parties*. Diese erachten u.a. Umweltschutz, Bürgerbeteiligung oder Abrüstung als besonders wichtig. Zudem zeichnen sich ihre Mitglieder und Stammwähler durch eine hohe Bildung und einen gehobenen sozioökonomischen Status aus. Siehe hierzu auch Poguntke (1987b, 1993). Für eine aktuelle vergleichende Perspektive grün-alternativer Parteien in Europa siehe den Sammelband von Van Haute (2016).

10 Hierzu zählen in Deutschland vor allem die Anti-Atomkraft-, Umweltschutz-, Frauen- und Friedensbewegungen.

übernommen.¹¹ Rihoux und Frankland (2008) gehen davon aus, dass die bereits erwähnten Annahmen bezüglich divergierender Ansichten verschiedener innerparteilicher Akteure auch für diese Parteien zutreffen. Um dies zu verdeutlichen, wählen sie die Metapher von grün-alternativen Parteien als Zentauren, also mythischen Mischwesen. Diese hätten „professional-electoral, efficiency-seeking heads, but still amateur-activist, participation-seeking bodies“ (Rihoux & Frankland 2008: 284). Einen empirischen Beleg hierfür liefern die Autoren allerdings nicht.

Die Grünen in Baden-Württemberg können im Kontext dieser Arbeit als ein sogenannter *crucial case* aufgefasst werden (vgl. Hague et al. 1998: 277; Ebbinghaus 2009: 492). Das bedeutet, dass die Partei nicht nur aufgrund ihrer singulären Stellung als führende Regierungspartei von Interesse ist, sondern besonders geeignet für die Überprüfung der bislang ausgeführten theoretischen Annahmen, schließlich handelt es sich um eine kleine, traditionell stark an ihren Mitgliedern orientierte Partei, die 2011 zum ersten Mal Regierungsverantwortung übernahm und dann sogar den Ministerpräsidenten stellte. Die internen Ansichten darüber, wie sich die Partei als führende Regierungspartei verhalten sollte, variieren möglicherweise, sodass die traditionell in der Partei vorherrschende Prinzipien- oder Mitgliedschaftslogik zumindest von der Gruppe der Parteiführung als weniger relevant erachtet werden könnte. Insbesondere bei Inhabern öffentlicher Ämter oder Mandate dürfte aufgrund der eigenen Beteiligung am Regierungshandeln mehr inhaltlicher Pragmatismus vorliegen und die Einstellung existieren, dass die Grünen nicht nur die Interessen ihrer Kernklientel vertreten, sondern auch neue Wählerschichten erschließen sollten.

Die Ergebnisse dieser Studie können nicht verallgemeinert werden. Der Mehrwert dieser Untersuchung besteht vielmehr darin zu überprüfen, welche Faktoren für die Ansichten der Mitglieder dieses Landesverbands im Hinblick auf das erwünschte Verhalten ihrer Partei bedeutsam sind. Die so gewonnenen Erkenntnisse tragen dazu bei, die Forschung in diesem Bereich weiterzubringen, indem theoretische Zusammenhänge ausgearbeitet und Hypothesen formuliert sowie getestet werden, die auch in anderen Kontexten relevant sein können.

11 Siehe hierzu insbesondere Müller-Rommel und Poguntke (2002), Rihoux und Rüdiger (2006) sowie Little (2016). Aufgrund ihres elektoralen Erfolgs waren die deutschen Grünen häufig Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen. Für Publikationsübersichten siehe Poguntke (1992) sowie Switek (2015).

1.3 Konkretisierung der Forschungsfragen

Im Fokus dieser Arbeit steht das sogenannte Parteiorganisationsverständnis. Damit ist die individuelle Vorstellung von Parteimitgliedern gemeint, wie sich ihre Partei verhalten sollte (vgl. Laux 2011b: 158). Dies ist insofern relevant, da es Auswirkungen auf programmatische, organisationsbezogene, personelle oder strategische Entscheidungen haben dürfte. Parteimitglieder, die sich eine wählerorientierte Partei wünschen, sollten beispielsweise bei der Verabschiedung eines Wahlprogramms eher zu inhaltlichen Kompromissen bereit sein, wenn dadurch neue Wählersegmente angesprochen werden.

Bekanntlich war innerhalb der deutschen Grünen die Frage, welche Rolle die Partei im parlamentarischen System der Bundesrepublik spielen und wie sie sich daher verhalten solle, über viele Jahre hinweg immer wieder Gegenstand kontroverser Debatten.¹² Welche Antworten der Landesverband in Baden-Württemberg als führende Regierungspartei darauf gefunden hat, wird im Folgenden untersucht.

Bei der vorliegenden Studie handelt es sich somit um eine Binnenanalyse einer Partei (vgl. Niedermayer 2013a: 68). Indem die Untersuchung auf Organisationsangehörige beschränkt wird, ist eine eindeutige Bestimmung der Grundgesamtheit möglich. Außerdem kann so auf bestehende Erkenntnisse der Parteimitgliederforschung zurückgegriffen werden.

Das Parteiorganisationsverständnis wird im weiteren Verlauf über die Zustimmung zu zwei verschiedenen Idealtypen von Parteiorganisationen operationalisiert: zum einen dem Ideal einer pragmatischen und an den Wählern orientierten Partei, zum anderen dem Ideal einer prinzipientreuen und an ihren Mitgliedern orientierten Partei. Grundlage hierfür sind die Parteiorganisationsmodelle nach Wright (vgl. 1971a: 7).

Ziele der Arbeit sind sowohl die Beschreibung als auch die Erklärung individueller Unterschiede des Parteiorganisationsverständnisses der Grünen in Baden-Württemberg während der ersten von ihnen geführten Koalition. Die Forschungsfragen werden deshalb folgendermaßen formuliert:

1. *Welches Parteiorganisationsverständnis haben die Mitglieder der baden-württembergischen Grünen nach der Regierungsübernahme durch ihre Partei?*
2. *Welche Faktoren beeinflussen das Parteiorganisationsverständnis der Mitglieder der baden-württembergischen Grünen?*

12 Siehe hierzu vor allem Abschnitt 4.3.

Daneben existieren weitere spannende Fragestellungen, wie z.B. wie die Regierungsübernahme die Grünen in Baden-Württemberg verändert hat, was sie in der Landesregierung konkret umgesetzt haben sowie welche Faktoren ihren Wahlerfolg in den Jahren 2011 und 2016 erklären können. Allerdings kann hierauf nur am Rande eingegangen werden, da diese Themen über das eigentliche Forschungsinteresse dieser Arbeit hinausgehen.

1.4 Forschungsdesign

Die vorliegende Arbeit betrachtet die innerparteiliche Mikroebene. Um hierüber Aussagen treffen zu können, wurde 2013 eine eigene Erhebung durchgeführt, da andere denkbare Datenquellen¹³ keine Informationen über die Ansichten der Mitglieder der Grünen in Baden-Württemberg während ihrer Regierungszeit beinhalten.

Um ein geeignetes Forschungsdesign entwickeln zu können, ist es zunächst nötig, sich die interne Komplexität von Parteien vor Augen zu führen. Entsprechend der Konzeptualisierung von Katz und Mair (1993) kann zwischen drei Sphären (im Englischen: *three faces*) unterschieden werden. Der *party in central office* (Angehörige der Parteiführungsgremien und leitende Mitarbeiter des Parteiapparats), der *party in public office* (Inhaber öffentlicher Ämter, vor allem Parlamentarier sowie Regierungsmitglieder) sowie der *party on the ground* (aktive oder passive Mitglieder ohne formale Funktionen) (vgl. Katz & Mair 1993: 594-595; Jun 2010: 22-24). Die ersten beiden Sphären umfassen die Parteiliten. Jun (2010) weist darauf hin, dass eine zusätzliche Differenzierung innerhalb dieser Akteursgruppe erforderlich sei, schließlich gebe es einen engeren Führungskreis,

der bei innerparteilichen Entscheidungsprozessen im politischen Alltag eine herausgehobene Position inne hat [sic!] und die Ressourcen besitzt, kurzfristig Entscheidungen zu implementieren, um mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln politische Führung auszuüben. (Jun 2010: 23)¹⁴

Der engere Führungskreis der Grünen in Baden-Württemberg lässt sich folgendermaßen bestimmen: Hierzu zählen Personen, die eine herausgehobene Position im Landesverband bekleiden, also die Mitglieder der Landesregierung, die Parteivor-

13 Hierzu zählen die Mitgliederdatenbanken von Parteien sowie von anderen Forschern durchgeführte Bevölkerungs- oder Parteimitgliederumfragen (vgl. Niedermayer 2013b: 149-150).

14 Aus diesem Grund wird häufig zwischen engerer Parteiführung, mittlerer Parteiführungsschicht und einfachen Mitgliedern differenziert. Die Gruppenzuordnung kann, je nachdem, ob eine Bundespartei oder ein Landesverband betrachtet wird, jedoch unterschiedlich ausfallen (vgl. Schmitt 1987: 63; Hofmann 2001b: 156-159).

sitzenden und der Landesgeschäftsführer sowie die Führung der Parlamentsfraktion im Landtag. Die übrigen Parteimitglieder bilden dagegen eine Gruppe von rund 9.000 Personen (zum Zeitpunkt der Untersuchung) und verteilen sich auf das gesamte Bundesland.

Aufgrund eines begrenzten Zeitbudgets und einer vermutlichen Vorselektion wissenschaftlicher Anfragen durch ihre persönlichen Mitarbeiter ist es unwahrscheinlich, dass sich viele hochrangige politische Funktionsträger an standardisierten Befragungen beteiligen (vgl. Hoffmann-Lange 2006: 10). Deshalb wurden persönliche Termine mit den Mitgliedern der engeren Parteiführung für leitfadengestützte Interviews vereinbart. Im Anschluss daran wurde in Zusammenarbeit mit der Landesgeschäftsstelle der Grünen angestrebt, alle per E-Mail erreichbaren Parteimitglieder in Baden-Württemberg durch eine Online-Umfrage zu befragen. Es handelt sich somit um eine Ex-post-facto-Anordnung in Form einer Querschnittsuntersuchung, da ein Messzeitpunkt vorliegt (vgl. Stein 2014: 141-142).¹⁵

Die vorliegende Verknüpfung einer nacheinander stattfindenden qualitativen und quantitativen Teilstudie wird als sequenzielles Mixed Methods Design bezeichnet (vgl. Kuckartz 2014: 77). Dieses Vorgehen ist zwar anspruchsvoller als eine monomethodische Erhebung, da der zeitliche Aufwand für den Forscher steigt und er über mehr methodische Kompetenzen verfügen muss. Allerdings besteht ein großer Vorteil darin, dass die jeweiligen Ergebnisse der Teilstudien sich wechselseitig ergänzen können, sodass das untersuchte Phänomen vollständiger erfasst werden kann (vgl. Kuckartz 2014: 54; Kelle 2014: 157-158).

Durch das verwendete Forschungsdesign wird nicht nur sichergestellt, dass die verschiedenen innerparteilichen Akteure auf eine jeweils angemessene Art und Weise erforscht werden. Vielmehr konnten die zeitlich zuerst gewonnenen Erkenntnisse aus den Eliteninterviews im weiteren Forschungsprozess genutzt werden (etwa bei der Konstruktion des Online-Fragebogens) und so zu einem tieferen Verständnis des Untersuchungsgegenstands beitragen, schließlich können die Mitglieder der engeren Parteiführung als Experten für ihren Landesverband angesehen werden. Deshalb wurden sie nicht ausschließlich zu ihrem eigenen Parteiorganisationsverständnis befragt, sondern auch zu ihrer Wahrnehmung und Bewertung der grünen Regierungsübernahme. Diese Informationen werden ebenfalls in diese Arbeit eingebunden, da so besser nachvollzogen werden kann, was es für die Partei bedeutet, führende Regierungspartei zu sein.

15 Das bedeutet, dass anhand der erhobenen Daten keine Aussagen über Veränderungen im Zeitverlauf getroffen werden können. Allerdings wird im sechsten Kapitel anhand früherer Untersuchungen anderer Forscher rekonstruiert, welche Vorstellungen die Parteimitglieder der Grünen vor der Regierungsübernahme hatten.

1.5 Aufbau der Arbeit

Nach dieser Einführung wird im zweiten Kapitel die Geschichte und Entwicklung der Grünen in Baden-Württemberg zwischen 1979 und 2016 beschrieben.¹⁶ Außerdem erfolgt eine Einordnung des Landesverbands innerhalb der Bundespartei.

Das dritte Kapitel befasst sich mit den konzeptionellen Grundlagen dieser Arbeit. Zunächst werden der Begriff des Parteiorganisationsverständnisses präzisiert und die darin vorkommenden Aspekte erläutert. Im Anschluss daran wird der Stand der Forschung hierzu vorgestellt, um mögliche Forschungslücken identifizieren und im weiteren Verlauf auf bereits bestehende Erkenntnisse aufbauen zu können.

Das theoretische Fundament dieser Arbeit bildet das vierte Kapitel. Zunächst wird darin aus Sicht der Parteienforschung dargestellt, welche Implikationen eine Regierungsübernahme für eine grün-alternative Partei hat, d.h. im konkreten Fall, was es bedeutet, den Ministerpräsidenten eines Bundeslands zu stellen. Im Anschluss daran wird der Blick auf die Mikroebene gerichtet. Es werden verschiedene theoretische Ansätze vorgestellt und mögliche Faktoren erörtert, die Einfluss auf das Parteiorganisationsverständnis von Parteimitgliedern nehmen können. Daneben wird auf das ursprüngliche basisdemokratische Parteiideal der Grünen und die Spuren, die es in der Partei hinterlassen hat, eingegangen. Zuletzt werden Hypothesen aus den vorangegangenen Abschnitten abgeleitet, die im weiteren Verlauf der Arbeit getestet werden.

Im fünften Kapitel werden das methodische Vorgehen für die Eliteninterviews und die Mitgliederbefragung dargelegt, ihre Datengrundlage beschrieben sowie die Operationalisierung der verwendeten Variablen transparent gemacht. Zudem erfolgt eine deskriptive Ergebnisdarstellung der einzelnen Variablen.

Das sechste Kapitel widmet sich der Auswertung der qualitativen und quantitativen Daten. Zunächst werden die Wahrnehmung und Bewertung der engeren Parteiführung sowie der grünen Mitgliedschaft insgesamt im Hinblick auf die Regierungsübernahme dargestellt. Im Anschluss daran werden die Vorstellungen der Grünen als führende Regierungspartei beschrieben und die Hypothesen dieser Arbeit überprüft.

Im letzten Kapitel werden die wichtigsten Erkenntnisse zusammengefasst und in Bezug zu den theoretischen Grundlagen gesetzt, um Anregungen für mögliche Weiterentwicklungen zu geben. Das Kapitel beinhaltet zudem eine kritische

16 Auf eine Darstellung der allgemeinen Geschichte der Grünen wird hingegen in dieser Arbeit verzichtet, da hierzu bereits zahlreiche hervorragende Veröffentlichungen existieren. Siehe beispielsweise Raschke (1993), Klein und Falter (2003), Mende (2011) oder Bukow (2016).

Reflektion des verwendeten methodischen Vorgehens. Darüber hinaus werden zukünftige Forschungsperspektiven benannt und ein Ausblick bezüglich des Untersuchungsgegenstands gegeben.

2 Die Grünen in Baden-Württemberg

Die Landesverbände deutscher Parteien sind einerseits Teil der Gesamtorganisation, andererseits eigenständige Akteure mit eigener Geschichte und jeweiligen Besonderheiten. Vor allem bei Bündnis 90/Die Grünen kommt den Landesparteien eine große Autonomie zu (vgl. Switek 2015: 76). Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden der baden-württembergische Landesverband der Grünen näher beschrieben. Dazu erfolgt zunächst ein chronologischer Überblick, der von der Parteigründung bis zum Beginn ihrer zweiten Amtsperiode als führende Regierungspartei reicht. Im Anschluss daran wird dargestellt, welchen Stellenwert die Grünen in Baden-Württemberg innerhalb der Bundespartei haben und inwiefern sie sich von anderen Landesverbänden unterscheiden.

2.1 Historischer Überblick

2.1.1 Gründung und Etablierung (1979-1991)

Gräber (vgl. 2011: 19) verweist darauf, dass sowohl die deutsche Anti-Atomkraftbewegung als auch die Grünen als Partei ihre Wurzeln in Baden-Württemberg haben. Zurückführen lässt sich dies auf den Widerstand gegen das geplante Atomkraftwerk Wyl am Kaiserstuhl während der 1970er Jahre. Dort sei eine einzigartige Protestkultur entstanden, die linke Studenten, Umweltschützer und die betroffene ländliche Bevölkerung zusammengebracht habe.

Anstoß für die Gründung des grünen Landesverbands (noch vor der Konstituierung der Bundespartei¹⁷) war der Wahlerfolg des Zusammenschlusses unterschiedlicher Bürgerinitiativen und grüner Parteien bei der erstmaligen Wahl des Europäischen Parlaments im Juni 1979. Die sogenannte ‚Sonstige Politische Vereinigung – Die Grünen‘ erzielte bundesweit 3,2 Prozent und in Baden-Württemberg sogar 4,5 Prozent. In vielen Städten und Landkreisen konnte sie die Fünf-Prozent-Hürde überwinden, sodass der Einzug in den Stuttgarter Landtag möglich schien (vgl. Weber 2015a: 25).

Aus diesem Grund kamen am 30. September 1979 in Sindelfingen etwa 700 Personen zusammen, um die Landespartei zu gründen. Sie stammten aus bereits

17 Diese erfolgte am 12. und 13. Januar 1980 in Karlsruhe.

bestehenden grünen Parteien,¹⁸ Bürgerinitiativen, Lebensschutzverbänden und einer eher konservativen anthroposophischen Strömung, dem Achberger Kreis. Die Gründungsgrünen im Südwesten waren somit stärker bürgerlich geprägt und weniger links-alternativ als andernorts (vgl. Raschke 1993: 249; Weber 2015a: 26, 31).

Am 16. März 1980 gelang den Grünen der Einzug in den baden-württembergischen Landtag. Mit ihrem Ergebnis von 5,3 Prozent¹⁹ konnten sie ihren ersten Erfolg in einem Flächenland erzielen und unter Beweis stellen, dass sie nicht nur in Stadtstaaten erfolgreich sein konnten.²⁰ Die erste grüne Fraktion, bestehend aus sechs Parlamentariern, wollte nicht durch Provokationen auffallen, sondern konstruktive Oppositionsarbeit leisten. Auch wenn sie sich mit ihren parlamentarischen Initiativen in der Regel nicht durchsetzen konnten, lieferten die Grünen im Stuttgarter Landtag doch wichtige Anstöße (unter anderem im Bereich des Umweltschutzes) und erfuhren dabei Unterstützung durch die anderen Fraktionen, deren Respekt sie in den kommenden Jahren erlangten (vgl. Gänzle 2004: 137-138; Weber 2015b: 54-57).²¹ Von dieser seriösen Arbeit profitierte die Partei im Südwesten: Bei der Landtagswahl am 25. März 1984 konnten die Grünen ihr Ergebnis deutlich verbessern und kamen auf 8,0 Prozent der Stimmen.

Raschke (1993: 143) charakterisiert die Geschichte der Grünen als eine „Geschichte von Richtungskämpfen“ innerhalb der Partei. Dabei kam es vor allem zu Auseinandersetzungen zwischen Vertretern des fundamentalistischen Flügels (Fundis) und des realpolitischen Flügels (Realos).²² Zwar waren die Grünen in Baden-Württemberg „von Anfang an bürgerlicher, wertkonservativer und kompromissbereiter als andere Landesverbände“ (Weber 2015d: 126). Allerdings gab es laut Raschke (vgl. 1993: 252) im Südwesten eine starke Fundi-Minderheit, die den Realos in teilweise heftigen Flügelkämpfen entgegentrat. Strittige Themen waren vor allem die Rotation von Landtagsabgeordneten sowie die Professionalisierung der Partei, insbesondere die Ausgestaltung und Vergütung des Landesvorstands. Daneben waren Personalfragen Anlass für Auseinandersetzungen. Hierzu zählte der Versuch, 1986 Jutta Ditfurth, eine Sprecherin des Bundesvorstands und

18 Diese waren die AUD (Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher), die GAZ (Grüne Aktion Zukunft) sowie die GLU (Grüne Liste Umwelt) (vgl. Raschke 1993: 249).

19 Alle Angaben über die Ergebnisse der Landtagswahlen und der Volksabstimmung zu Stuttgart 21 stammen vom statistischen Landesamt Baden-Württemberg (vgl. 2011; 2016). Im Anhang findet sich eine vollständige Aufstellung der Stimmenanteile der jeweils im Landtag vertretenen Parteien im Zeitraum von 1980 bis 2016.

20 Zuvor hatte bereits die Grüne Liste in Bremen den Sprung in die Bürgerschaft geschafft (vgl. Gräber 2011: 22).

21 Eine ausführlichere Analyse der Parlamentarisierung der Grünen im Zeitraum von 1980 bis 1992 findet sich bei Welte (1994).

22 Auf die verschiedenen innerparteilichen Strömungen der Grünen wird ausführlicher im vierten Kapitel eingegangen.